

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2751

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2751



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Sans-Papiers als Teil der Gesellschaft anerkennen

Über die Krise hinaus: Forderungen der Plattform für Sans-Papiers

Stand: 12.08.2020

Sans-Papiers in der Schweiz

Die Corona-Krise hat viele Menschen hart getroffen. Speziell die schon zuvor prekäre Situation von Sans-Papiers wurde deutlich sichtbar, weil diese auch während der Krise auf keine direkte Hilfe zurückgreifen können. Sans-Papiers sind in der Schweiz eine Realität. Schweizweit kann von mindestens 100'000 Personen ausgegangen werden – sie leben unter uns und leisten wichtige Arbeit für unsere Gesellschaft und die Wirtschaft. Die meisten Sans-Papiers arbeiten in den Privathaushalten, auf dem Bau, im Gastgewerbe oder in der Landwirtschaft. Weil bei Kontakt mit den Behörden jedoch ausländerrechtliche Konsequenzen und Ausschaffung drohen, bleibt ihnen der Zugang zu Grundrechten verwehrt und sie haben keine Möglichkeit, Rechtsansprüche geltend zu machen. Viele Faktoren tragen zur Verletzlichkeit von Sans-Papiers bei – niedrige Löhne, prekäre Arbeitsplätze und ausbeuterische Arbeitsbedingungen, zu kleine und zu teure Untermietwohnungen, begrenzter Zugang zu medizinischer Versorgung und die Angst, sich im Falle eines Übergriffs an die Polizei zu wenden. Betroffen sind sowohl Sans-Papiers, die keinen Behördenkontakt haben, als auch abgewiesene Asylsuchende, die in Notunterkünften leben und sich strengen Vorschriften und häufigen Polizeikontrollen unterwerfen müssen. In der Coronakrise war ihre Situation geprägt davon, dass sie in den Unterkünften die vom BAG verordneten Regeln nicht einhalten konnten und somit besonderer Gefahr ausgesetzt waren. Alle Sans-Papiers müssen umgehend als Teil der Gesellschaft und der Wirtschaft anerkannt werden. Die Corona-Krise hat die grosse Dringlichkeit für konkrete Verbesserungen aufgezeigt. Erstmals werden von der Plattform für Sans-Papiers gesamtschweizerisch Forderungen und Vorschläge aufgestellt, wie die prekäre Situation kurz- und langfristig verbessert werden kann. **Die Regularisierung ist die einzige umfassende und nachhaltige Lösung, um diese prekäre Situation zu beenden.** Die gesellschaftliche Stärke zeigt sich im Schutz und dem Wohlergehen aller.

Die Plattform für Sans-Papiers in der Schweiz fordert:

1. Regularisierung – kein Mensch ist illegal

Der Zugang zu einem stabilen legalen Status für Sans-Papiers muss erleichtert werden. Die Schweiz soll die Regularisierung aller Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus vorantreiben und fördern. Im Asylverfahren gilt es zu verhindern, dass Menschen systematisch in die Illegalität gedrängt werden. Die Plattform ist überzeugt, dass solche Bemühungen im Sinne der Betroffenen sowie der Gesellschaft und der Wirtschaft sind.

2. Direkte Unterstützung über die Krise hinaus

In Zeiten einer Krise müssen Sans-Papiers durch praktikable und realitätsnahe Massnahmen direkte Unterstützung erhalten. Die Krise darf auch langfristig keine negativen Folgen auf die Lebensumstände von Sans-Papiers haben.

3. Sichere Lebensgrundlagen für Alle

Die rechtliche, gesellschaftliche und ökonomische Situation von Sans-Papiers soll verbessert werden. Die Bundesverfassung der Schweiz garantiert Grundrechte. Diese müssen für alle gelten und im Alltag auch in Anspruch genommen werden können – unabhängig vom Aufenthaltsstatus.

Vertiefung der drei Forderungen mit konkreten Massnahmen:

1. **Regularisierung – kein Mensch ist illegal**

Sämtliche Probleme, welche sich durch die illegalisierte Situation von Sans-Papiers ergeben, könnten pragmatisch und langfristig mit einer kollektiven Regularisierung gelöst werden. **Der Zugang zu einem stabilen legalen Status für Sans-Papiers muss erleichtert werden. Die Schweiz soll die Regularisierung aller Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus vorantreiben und fördern.** Damit kann auch verhindert werden, dass die Zahl der Sans-Papiers stetig zunimmt.

Ein erster Schritt in diese Richtung sind transparente und einheitliche Prozesse und Bedingungen bei **Härtefallgesuchen**. Aktuell bestehen massive Unterschiede zwischen den Kantonen. Der Bund steht in der Pflicht, hier aktiv zu werden. Die Kantone sollen dazu aufgerufen werden, Regularisierungsprogramme durchzuführen, wie es Genf mit der Operation Papyrus umgesetzt hat. Es ist notwendig, die Prozesse zur Regularisierung zu verbessern und zu vereinfachen. Ein vereinfachtes Härtefallverfahren soll eingeführt werden. Strafrechtliche Konsequenzen für die Gesuchstellenden und ihr Umfeld gilt es zu stoppen.

Nicht die Menschen sind illegal, es ist das Gesetz, welches sie in die Illegalität drängt.

2. **Direkte Unterstützung über die Krise hinaus**

Die Lebensumstände von Sans-Papiers in der Schweiz sind prekär. Diese Situation hat sich während der Corona-Krise stark zugespitzt und wurde schweizweit sichtbar. Dabei geht es um Grundlegendes – um Essen auf dem Teller und ein Dach über dem Kopf. Viele Sans-Papiers sind in der Hauswirtschaft tätig und wurden aufgrund der Corona-Krise entlassen.

Die Krise ist gerade für Sans-Papiers noch lange nicht vorbei. Es ist schwierig, aktuell eine neue Arbeitsstelle zu finden und bereits wenige Stunden weniger Arbeitszeit können dazu führen, dass das Geld nicht mehr reicht, um für Essen oder die Miete aufzukommen.

Die einfachste und wirkungsvollste Massnahme wäre wie bereits ausgeführt eine **Regularisierung aller** aktuell in der Schweiz wohnhaften Sans-Papiers, um den Zugang zu Gesundheit, Recht und Sozialversicherungen für alle zu gewährleisten.

Andernfalls braucht es Strukturen, welche auch Sans-Papiers den Zugang zu grundlegenden Leistungen sichern. Die Krise darf langfristig **keine negativen Folgen** auf die Lebensumstände von Sans-Papiers haben. Deshalb sollen der Bund und die Kantone, über die ausserordentliche Lage hinaus, praktikable und realitätsnahe Massnahmen zur direkten Unterstützung von Sans-Papiers ergreifen. Diese Massnahmen müssen zugänglich und bedingungslos sein, zum Beispiel durch die Schaffung eines **Direkthilfefonds** zur Unterstützung während der Krise.

Bei der Bearbeitung von **Härtefallgesuchen** sollen wirtschaftliche Faktoren keinen Einfluss auf den Entscheid haben. Bei regularisierten Sans-Papiers darf der Bezug von Sozialhilfe nicht zum Widerruf einer Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung führen.

Es ist Aufgabe der Schweiz, sichere Lebensgrundlagen für alle Bewohner*innen zu schaffen – auch für Sans-Papiers. Die Massnahmen unter der nächsten Forderung könnten in Zukunft auch einige Folgen einer Krise wie der jetzigen auffangen.

3. Sichere Lebensgrundlagen für Alle

Sans-Papiers sind ein fester Bestandteil der Schweizer Wirtschaft und der Gesellschaft. Die Schweiz steht in der Verantwortung, für Sans-Papiers als Arbeiter*innen und Mitmenschen sichere Lebensgrundlagen in verschiedenen Bereichen zu garantieren.

Es darf kein Datenaustausch zwischen verschiedenen Behörden stattfinden, die mit Sans-Papiers in Kontakt stehen, wenn dieser Austausch die Wahrnehmung der Grundrechte verunmöglicht. Die **Meldepflichten** erschweren den Zugang von Sans-Papiers zu grundlegenden Dienstleistungen, zum Beispiel zum Gesundheitswesen, zu Bildung oder Justiz. Deshalb müssen sie überarbeitet und reduziert werden.

Das Recht auf **Hilfe in Notlage** ist ein Grundrecht, welches die minimale Existenzsicherung jeder Person in der Schweiz – unabhängig vom Aufenthaltsstatus – garantieren soll. So steht es auch in der Verfassung. Dieses Grundrecht darf nicht als Druckmittel zur Ausreise missbraucht werden. Der Zugang zu direkter Hilfe, um die Grundbedürfnisse decken zu können, muss gewährleistet sein. Das erfordert einen **Zugang zu Sozialversicherungen** für Sans-Papiers. Um die Gesundheit aller zu garantieren, ist zudem ein unentgeltlicher und repressionsfreier **Zugang zur Gesundheitsversorgung** nötig.

Wir als Gesellschaft haben ein Interesse daran, dass auch Sans-Papiers **Zugang zu Gesundheit, Bildung, Arbeit und Justiz** haben. Nur so kann vor Ausbeutung geschützt und Lücken in der Gesetzgebung entgegengewirkt werden. Sei es bei Ausbeutung am Arbeitsplatz, auf dem Wohnungsmarkt oder zum Schutz bei häuslicher Gewalt oder vor Ansteckungsgefahr. Zudem sollen Personen, die aus achtenswerten Gründen Hilfe für Sans-Papiers leisten, vor rechtlichen Konsequenzen geschützt sein.

Es braucht von der Schweiz ein **klares Bekenntnis zu den Grundrechten für alle** in der Schweiz lebenden Menschen. Das bedeutet konkret, dass die Wahrung dieser Rechte immer höher gewichtet werden muss als ein allfälliger Verstoss gegen das Ausländergesetz.

Die Plattform für Sans-Papiers

Die Plattform für Sans-Papiers ist ein Zusammenschluss von Anlaufstellen aus verschiedenen Kantonen, lokalen und nationalen NGOs, Vereinen, Kirchen, Hilfswerken, Gewerkschaften, Parteien, Parlamentarier*innen und Einzelpersonen. Die Plattform setzt sich für die Rechte und Anliegen von Sans-Papiers, also Schweizer Einwohner*innen ohne Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligung, ein. Sie hat zum Ziel, den Zugang zu einem stabilen legalen Status für Sans-Papiers zu erleichtern und strebt ihre Regularisierung an.

Kontakt

Plattform für Sans-Papiers
Mattea Meyer, Co-Präsidentin
Ada Marra, Co-Präsidentin
www.sans-papiers.ch
plattform@sans-papiers.ch